Anlage 3

Stellungnahme der Fraktion CDU/FDP/Bund für Magdeburg im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg zum Haushaltsentwurf 2015

Stadtratssitzung am 08. Dezember 2014
vorgetragen von Wigbert Schwenke MdL
Fraktionsvorsitzender

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Stadtratsvorsitzender,
sehr geehrte Mitglieder des Magdeburger Stadtrates,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, insbesondere des FB02,
sehr geehrte Medienvertreter und nicht zuletzt
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Publikum,

es ist nun gut ein Jahr her, dass sich der Stadtrat in seiner alten Zusammensetzung mit dem Haushaltsplan 2014 beschäftigt hat.

Damals waren unsere Eindrücke vor allem von der Bekämpfung und den Folgen der Hochwasserkatastrophe 2013 geprägt. Die Schlussfolgerungen aus diesem Ereignis sind nun, zumindest in Teilen, auch in die heute zu beratende Haushaltsdrucksache mit eingeflossen. Ich denke, es besteht in diesem Gremium Einigkeit darüber, dass wir hier Nach- und Vorsorge treffen müssen, um auf zukünftige Katastrophen dieser Art vorbereitet zu sein.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, es ist sehr erfreulich, dass wir gerade in dem Jahr, im dem wir den 25. Jahrestag der friedlichen Revolution und des Mauerfalls feiern, feststellen können, dass die wirtschaftliche Lage in Gesamtdeutschland noch nie so gut gewesen ist wie in diesem Jahr. Auch wenn die Prognosen vor kurzem gesenkt wurden, gibt es weiter eine stabile wirtschaftliche Entwicklung, um die uns viele europäische Nachbarstaaten beneiden. Auch die Anzahl der Erwerbstätigen stieg mit 43 Millionen auf ein neues Rekordhoch. Auch unser Magdeburg profitiert von dieser Entwicklung. Die positive Tendenz, verbunden mit eigenen Anstrengungen, führte u.a. zur Auszeichnung mit dem Titel „Kommune des Jahres“ des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Des Weiteren müssen wir den Vergleich mit anderen Kommunen aus den fünf „neuen“ Ländern nicht fürchten. So liegen unsere Steuereinnahmen, auch auf Grund einer gelungenen Ansiedlungspolitik, die durch die gemeinsamen Anstrengungen von Verwaltung und Stadtrat begründet ist, teilweise doppelt so hoch wie in der Stadt an der Saale im Süden unseres Bundeslandes. Aber gleichzeitig liegen sie noch deutlich unter den entsprechenden Werten westdeutscher Kommunen. Das macht deutlich, dass vor uns noch ein sehr weiter und anstrengender Weg liegt.
Das Jahr 2019 kommt immer näher und damit auch das endgültige Aus für den Solidarpakt II. Wer sich unsere Stadt anschaut, sieht, welche positive Wirkungen die Mittel aus dem Programm und seinen Vorgängern entfaltet haben. Wir schließen uns als Fraktion der Auffassung der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU an, die fordert, den bestehenden Solidarbeitrag zu einem Kommunalen Investitionsfond fortzuentwickeln, mit dem klaren Ziel, dass, unabhängig von der Himmelsrichtung, die Kommunen in unserem Land bei der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur unterstützt werden.
Die unionsgeführte Bundesregierung hat bereits erhebliche Anstrengungen zur Entlastung der Kommunen unternommen. Wir halten in diesem Zusammenhang den gefundenen Kompromiss von Übernahme Kosten der Unterkunft durch den Bund und Erhöhung des Gemeindeanteils an

der Mehrwertsteuer, für den richtigen Weg. Nicht nur für die erste Milliarde Sofortentlastung, sondern auch für die weiteren fünf Milliarden, die der Bund für den entsprechenden Zweck eingeplant hat. So ist auch sichergestellt, dass die Entlastung auch dort ankommt, wo sie hingehört, bei den Kommunen.

Das Jahr 2014 hat uns als Stadt auch gezeigt, dass manchmal die Kommunen bei Themen gefordert sind, die so nicht oder nur sehr schwer abzusehen waren. So zu Beispiel bei der stark steigenden Anzahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Vorrangig ist erst einmal die Frage der Unterbringung dieser Menschen zu klären, die häufig ein schlimmes Schicksal hinter sich haben. Wir denken, dass die Stadt hier auf dem richtigen Weg ist. Gleichzeitig müssen wir aber auch die verschiedenen Folgen, zum Beispiel im Bereich der Kinderbetreuung, des Schulbesuchs und weitere Aspekte betrachten. Hier sollten wir uns alle gemeinsam um eine Willkommenskultur bemühen. Diese Menschen werden voraussichtlich länger in unserer Stadt bleiben. Dies ist durchaus auch als Chance zu begreifen. Aus diesem Umstand können beide Seite profitieren, zum Beispiel auch bei der Gewinnung von Fachkräften für den hiesigen Arbeitsmarkt. Von der Bundesregierung fordern wir ein eigenständiges Leistungsgesetz und damit die Sicherung der verankerten 100% Kostenübernahme durch dieses. Allein die Mehraufwendungen für entsprechendes Personal bei den Kommunen macht die Notwendigkeit dieser Forderung deutlich.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,
wir haben uns in unserer Fraktion mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf sehr intensiv auseinandergesetzt. Auch wenn der Haushaltsausgleich nur über eine Reduzierung des Eigenkapitals erfolgen kann, werden die gemeinsamen Anstrengungen von Verwaltung und Politik deutlich.

Seit Jahren setzten wir gemeinsam ein Haushaltskonsolidierungskonzept um, welches schmerzhafte Einschnitte zur Folge hatte, aber an dessen Notwendigkeit es grundsätzlich keine Zweifel gibt.

Dazu gehört auch die Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B auf 495. Ich will nicht verleugnen, dass es bei uns in der Fraktion Stimmen gibt, die hier die Absenkung auf 450, wie ursprünglich beabsichtigt, weiter als perspektivisches Ziel sehen - auch als ein wichtiges Signal für mögliche Investoren. Natürlich muss dann auch eine entsprechende Gegenfinanzierung gesichert sein. Vielleicht gelingt uns mit vereinten Kräften, die eine oder andere Wirtschaftsansiedlung, um mit den entsprechenden Einnahmen zukünftig diesen Schritt gegenfinanzieren zu können.

Mittlerweile ist es gut ein Drittel unseres Gesamthaushaltes, der in den sozialen Bereich fließt. Um es klar zu sagen, im Sinne unserer Gesamtverantwortung ist dies sicher gut angelegtes Geld. Doch wir müssen gemeinsam darauf achten, dass das Geld, was wir hierfür brauchen, auch erwirtschaftet werden muss. Unser gemeinsames Ziel muss es also sein, die Menschen in Lohn und Brot zu bringen, damit sie von ihrer Arbeit den eigenen Lebensunterhalt möglichst allein finanzieren können. Wir hoffen, dass der durch den Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition beschlossene Mindestlohn sowohl den Betroffenen eine gerechte Entlohnung ermöglicht, als auch eine Entlastung der kommunalen Kassen zur Folge hat. Deshalb auch unser Antrag zur Reduzierung der entsprechenden Kostenansätze im Haushalt.

Der Haushalt enthält auch einige Risikopositionen. Dazu gehören unter anderem die Unterdeckung bei den Personalkosten (3 Mio. €) und die fehlende Erstattung bei Mehraufwendungen beim Kinderfördergesetz (3 Mio. €) sowie im Deckungskreis Soziales (2 Mio. €). Wir halten diese in der Gesamtabwägung aber für vertretbar.

Zweifelsohne profitiert unsere Stadt auch von dem derzeit extrem niedrigen Zinsniveau. Wir können aber wohl kaum davon ausgehen, dass dies entsprechend so bleibt. In diesem Zusam-

menhang sind die Überlegungen zur Aufhebung unseres Selbstbindungsbeschlusses zur Null-Kredit-Aufnahme zur Finanzierung wichtiger Investitionsvorhaben nachvollziehbar. Wenn es notwendig wird, wird sich die Fraktion CDU/FDP/Bund für Magdeburg im Stadtrat der Landeshauptstadt den entsprechenden Beschlüssen nicht verweigern.

Allein die Tatsache, dass unsere Abschreibungen über den Investitionen liegen, macht die Gefahr deutlich, dass wir dauerhaft von unserer Substanz leben und welche schrecklichen Folgen dies haben kann, ist sicherlich vielen noch in Erinnerung bzw. auf Bildern aus der damaligen DDR von 1988/1989 anzuschauen.

Positiv ist aber zu vermerken, dass es der Verwaltung gelungen ist, bei einem Großteil der Produkte nun die Ziele und Kennziffern, über die die politische Steuerung in der Doppik erfolgt, einzupflegen. Wir hoffen und erwarten, dass wir beim Haushaltsentwurf 2016 diese überall in den Haushaltsunterlagen vorfinden werden.

Der Aufwuchs bei den Personalkosten hat auch uns im ersten Moment verwundert, war aber mit den entsprechenden Erklärungen nachvollziehbar.

Wir haben als Fraktion nicht nur die vorliegenden Unterlagen intensiv geprüft, sondern auch eigene Überlegungen angestellt. Diese spiegeln sich in unseren Änderungsanträgen wieder, diese sind u.a.

- Ertragssicherung im Dezernat VI durch schnelle und rechtssichere Bearbeitung entsprechender Bescheide
- Sanierung des Radwegs Königstraße – also ein konkretes und notwendiges Projekt, ohne dass durch Pauschalforderungen der Gesamthaushalt gefährdet wird.
- Prüfauftrag zur Betreibung des städtischen Wohnheims gemeinsam mit Dritten, zum Beispiel dem Studentenwerk, zum gegenseitigen Vorteil durch die gemeinsame Nutzung von vorhandenen Ressourcen

Für uns als Fraktion stand also nicht im Vordergrund, wie mehr Geld ausgegeben werden kann. Vielmehr war es unser Ziel, welches wir auch erreicht haben, für alle unsere Anträge auch Deckungsquellen zu benennen. Es wäre mehr als zu wünschen, wenn sich andere Antragssteller ähnlich verhalten hätten.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,
zum Ende meiner Ausführungen möchte ich noch einige Worte zum Finanzausgleichsgesetz verlieren. Der Oberbürgermeister und der Bürgermeister und Finanzbeigeordnete Klaus Zimmermann haben sich hierzu ja sowohl heute als auch schon in den letzten Monaten sehr ausführlich geäußert. Aus meiner Sicht, auch als Mitglied des Landtages, ist es wichtig, dass es eine echte Konsolidierungspartnerschaft zwischen dem Land und den Kommunen geben muss. Schritte, die nur zu einer einseitigen Belastung einer der beiden Seiten führen, sind kontraproduktiv. Nur gemeinsam kann es gelingen, die öffentliche Finanzen in einen Zustand zu bringen, die den Prinzipien von Nachhaltigkeit und Generationsgerechtigkeit entspricht. Um es ganz deutlich zu sagen, auch mich macht das vorliegende FAG, das in dieser Woche im Landtag beschlossen werden soll, nicht glücklich! So geht es übrigens einem großen Teil der Landtagsabgeordneten, trotzdem wird es wohl eine Mehrheit dafür geben. Ich verkneife mir jetzt, weil das ist hier der falsche Ort, eine Ursachenbeschreibung aus meiner Sicht. Fakt ist für mich aber, dass wir endlich ein wirklich aufgabenbezogenes, anreizorientiertes und auskömmliches FAG brauchen. Es bleibt zu hoffen, dass sich in Zukunft dafür Mehrheiten im Landtag finden.

Ich möchte abschließend die Gelegenheit nutzen, allen, die an der Erarbeitung des Haushalts beteiligt waren, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereiches 02 sowie den Haushaltssachbearbeitern in den anderen Verwaltungsstrukturen, zu danken. Die geleistete Arbeit verdient Anerkennung und Respekt. Dank gilt auch den Mitgliedern des Stadtra-

tes, insbesondere den Mitgliedern des Finanz- und Grundstückausschusses, für die konstruktiven Vorberatungen zu dieser Drucksache.
Wir werden als Fraktion CDU/FDP/Bund für Magdeburg im Stadtrat der Landeshauptstadt dem Haushaltsentwurf 2015 grundsätzlich zustimmen, sind uns aber der bestehenden Risiken bewusst. Unser Ziel ist und bleibt es, dass die Stadt schnellstmöglich über einen ordentlichen Haushalt verfügt, um ihren Aufgaben im Sinne der Bürger nachzukommen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.